

## Die KPD in Beuel

„Der Faschismus an der Macht, (...) ist, (...) die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.

Der Faschismus ist nicht eine Form der Staatsmacht, die angeblich „über beiden Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie steht“, (...). Das ist nicht das „aufständische Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen hat“, (...). Nein, der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht und keine Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisierung der terroristischen Abrechnung mit der Arbeiterklasse und dem revolutionären Teil der Bauernschaft und der Intelligenz.“

(So Georgi Dimitroff im August 1935)

Diese Abrechnung mit der Arbeiterklasse fand auch in der Gemeinde Beuel statt, die damals noch nicht zu Bonn gehörte.

Zu Beginn der 20er Jahre besaß die KPD noch keine eigenständige Beueler Ortsgruppe, die Parteiarbeit lag noch in den Händen von Bonner Genossinnen und Genossen.

Die Krisen des Jahres 1923, mit Inflation und Massenarbeitslosigkeit, verschafften der KPD auch in Beuel enormen Zulauf.

Unablässig kam es zu Demonstrationen und Versammlungen, bei denen es vor allem um die Situation der Erwerbslosen, aber auch um Miet- und andere soziale Fragen ging.

Bei den Beueler Kommunalwahlen vom 4. Mai 1924 kam die KPD auf 18,4 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen und stellte damit fünf Abgeordnete im neuen Gemeinderat.

Hochburgen der KPD in Beuel waren Limperich, hier erhielt die Partei zwischen 1924 und 1933 zwischen 23 und 34 Prozent der abgegebenen Stimmen, Küdinghofen und Ramersdorf. Mehr als die Hälfte der Kandidaten und Unterstützer des kommunistischen Wahlvorschlags stammten von dort. Weitere Hochburgen waren die Jutesiedlung in Beuel und ab 1926 die Barackensiedlung in Vilich.

Fast alle Funktionäre und Anhänger der KPD waren Arbeiter; ein sehr großer Teil von ihnen war erwerbslos oder schlug sich mit Gelegenheitsarbeit durch.

Entsprechend legten die Stadtverordneten den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit auf soziale Fragen, wie die Situation der Erwerbslosen oder Wohnungsfragen.

Dies war bitter nötig. Gegen Ende der Weimarer Republik ist jeder dritte Arbeitslos, jeder fünfte muß kurzarbeiten. Der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI), stellte in einem Grundsatzpapier fest: „Die Wiederherstellung der Rentabilität in den Betrieben und die Eigenkapitalbildung in den Unternehmungen sind entscheidend für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft.“

Die Industrie forderte vom Staat vor allem eine Senkung der Sozialabgaben, staatliche Maßnahmen zur Senkung der Tariflöhne, die Lockerung der Tarifbindung, die Privatisierung von Staatsbetrieben und den vollständigen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, eine Reform der Krankenversicherung, die generelle Senkung der Steuern und eine Politik der ausgeglichenen öffentlichen Haushalte.

Ab 1930 wurde dieses Programm mittels Notverordnungen umgesetzt. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird auf 4,5 % angehoben, der Unterstützungsaufwand für einen Arbeitslosen von knapp 80 Mark im Monat im Jahr 1929 auf 43,50 Mark in 1932 gekappt, die Dauer der Unterstützung von 26 Wochen auf 6 Wochen verkürzt.

Eingeführt wurde eine Zwangsgebühr für Krankenscheine sowie eine Beteiligung an den Arzneimittelkosten.

Ende Mai 1932 sanken die Löhne und Gehälter im Vergleich zu 1928 um rund 15 Prozent, hinzu kamen erhöhte Sozialversicherungsbeiträge und eine „Krisensteuer“. Ende 1932 fehlen mehr als 25 Prozent in der Lohntüte.

Unter dem Eindruck dieser Zustände stieg die Zahl der Mitglieder der KPD und ihrer Nebenorganisationen auch in Beuel in erheblichem Maße.

Ein Schwerpunkt der Parteiarbeit war auch in Beuel der Kampf gegen die Faschisten, die seit 1929 im Gemeindegebiet aktiv waren.

Die Partei gründete den „Kampfbund gegen den Faschismus“, dessen Aufgabe es war, die Arbeiterwohnbezirke vor Übergriffen der SA zu schützen, aber auch, Versammlungen der Faschisten zu stören oder ganz zu verhindern.

Mehrere Beueler Kommunisten wurden noch in der Weimarer Zeit wegen Landfriedensbruch oder ähnlicher Delikte zu Haftstrafen verurteilt.

Anders als gegenüber den Faschisten, gingen Polizei und Justiz gegen Kommunisten mit aller Schärfe vor.

Ein weiterer Schwerpunkt war die politische Arbeit in den Betrieben.

Im Oktober 1932 wurde bekannt, dass die Firmenleitung der Firma Marquardt Entlassungen plante. Unter Leitung der kommunistischen RGO kam es zu einem spontanen Streik von ungefähr 100 Arbeitern, der nur durch massiven Einsatz von Polizei nach mehreren Tagen gebrochen werden konnte.

Die Machtübergabe an die Faschisten traf die Beueler KPD weitgehend unvorbereitet. In einer kleinen Gemeinde wie Beuel, wo damals fast jeder jeden kannte, gab es auch kaum die Möglichkeit unterzutauchen.

Die faschistische Staatsmacht ging sofort und massiv gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen vor.

Am 2. März 1933 und in den folgenden Wochen wurden zahlreiche führende Kommunisten festgenommen. Die Festnahmen erfolgten in gemeinsamer Aktion von Beueler Polizei, Mitgliedern der SA und des Stahlhelms.

Diese so genannten „Schutzhäftlinge“, waren schutzlos den Gewalttätigkeiten der faschistischen Staatsmacht ausgeliefert. So wurde Josef Messinger, Leiter des „Kampfbund gegen den Faschismus“ im Juli 1933 in Polizeihaft ermordet.

Den Behörden war es gelungen, durch die Verhaftungen die Beueler KPD-Organisation weitgehend zu zerschlagen, viele ihrer Funktionäre verschwanden in Gefängnissen und Konzentrationslager.

Trotz alledem leisteten Kommunisten von Anfang an in kleinen Gruppen Widerstand, brachten antifaschistische Propaganda in Umlauf und versuchten, die Partei in der Illegalität zu reorganisieren.

Der faschistischen Staatsmacht gelang es immer wieder, solche Widerstandsgruppen zu enttarnen. So wurde zum Beispiel im Juni 1933 in der Wilhelmstraße eine illegale Druckerei ausgehoben, in der Flugblätter für die Bonner Region vervielfältigt wurden.

Im Herbst 1934 formierte sich eine Widerstandsgruppe, die im gesamten heutigen Bonner Stadtgebiet aktiv war und vor allem aus Kommunisten bestand, die inzwischen aus der „Schutzhaft“ entlassen worden waren.

Zentrale Person dieses Kreises war Anton Hensman aus Beuel, von Beruf Elektriker. Mindestens 15 weitere Beueler und Beuelerinnen gehörten dieser Widerstandsgruppe an, darunter der Bruder des ermordeten Josef Messinger, Hermann Messinger und Clemens Zimmermann, der im Februar 1933 in den Gemeinderat gewählt worden war, sein Amt aber nie antreten konnte.

Im Juni 1935 flog die Gruppe auf, ihre Mitglieder wurden wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Danach sollte es in Beuel keinen organisierten kommunistischen Widerstand mehr geben.